

Mangelndes Vertrauen

Verteidigungsminister Rühle hat Probleme, die Entlassung zweier Spitzenbeamter zu begründen.

Verteidigungsminister Volker Rühle (CDU) gerät in Schwierigkeiten: Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat immer noch nicht die Prüfung abgeschlossen, ob er den von Rühle bereits am 24. November verfüigten Rausschmiß der beiden Abteilungsleiter für Rüstung, Joachim Heyden, 60, und Wolfgang Burr, 52, beide CDU, genehmigt. Die Entlassung bedarf der Unterschrift des Staatsoberhauptes.

„Wir betreiben harte Ausbildung, aber jedes Mal, wenn wir dabei waren, Gemeinschaften zu bilden, wurden wir umorganisiert. Später im Leben habe ich gelernt, daß wir dazu neigen, neuen Situationen mit Reorganisation zu begegnen: Und dies kann eine glänzende Methode sein, die Illusion von Fortschritt zu schaffen, während Verwirrung, Wirkungslosigkeit und Demoralisierung produziert werden.“

*Ausspruch von Petronius Arbitr
aus dem Jahre 210 vor Chr.:*

Ministerial-Flugblatt
„Produktion von Verwirrung“



Rüstungsbeamte Burr, Heyden
„Vorwürfe nicht zutreffend“



Rühle hatte beiden Beamten eröffnet, er werde sie zum 15. Januar in den einstweiligen Ruhestand versetzen. Offizielle Begründung: mangelndes Vertrauen gemäß Paragraph 36 Bundesbeamtenrechtsrahmengesetz. In der Personalversammlung der Hardthöhe hatte Rühle jedoch angedeutet, daß die Entlassungen im Zusammenhang mit seiner Entscheidung standen, auf den Bau des teuren Jäger 90 zugunsten eines billigeren Flugzeugs zu verzichten. Rühle fühlte sich von der auf den Jäger 90 festgelegten Rüstungsabteilung nicht unterstützt (SPIEGEL 50/1992).

Vertraute des Ministers streuten den Verdacht, Beamte des Ministeriums hätten mit der Rüstungsindustrie gekungelt und Hunderte von Millionen für den Jäger 90 bestimmter Haushaltsmittel zum Schaden des Staates übereilt ausgegeben. Eine von Rühle eingesetzte Kommission überprüft derzeit den Fall.

Von diesen halboffiziellen Spekulationen fühlten sich die beiden Beamten ungerecht behandelt und wollten Ende vorletzter Woche ein Disziplinarverfahren gegen sich selbst anstrengen, um ihren Dienstherrn zu einer Klarstellung zu zwingen. Rühle fürchtete einen Skandal und handelte. Mit Datum vom 14. Dezember schrieb er beiden Beamten Persilscheine: „Die in der Öffentlichkeit gegen Sie erhobenen Vorwürfe mangelnder Loyalität oder Fehlverhaltens sind nicht zutreffend.“ Dem Techniker Heyden bestätigte er sogar, „mit dem Entwicklungsvorhaben Jäger 90 praktisch nicht befaßt“ gewesen zu sein.

Dennoch hält der Minister daran fest, die beiden zu entlassen. Allerdings vermochte er das Staatsoberhaupt bislang nicht von der Notwendigkeit zu überzeugen, die beiden Beamten (Besoldungsgruppe B 9; 11 543,68 Mark Grundgehalt) zu Lasten der Steuerzahler vorzeitig zu pensionieren. Bis Ende voriger Woche waren die Meinungsverschiedenheiten nicht beigelegt.

Schon einmal wäre ein Vorgänger Rühles über eine Entlassung und deren Begründung fast gestürzt: Manfred Wörner in der Affäre um den später rehabilitierten General Günter Kießling.

Rühles angekündigte Neuorganisation der Rüstungsabteilung kommentierten Ministerialbeamte mit Flugblättern, auf denen sie den 66 nach Christus verstorbenen Römer Petronius Arbitr zitieren: „eine glänzende Methode, die Illusion von Fortschritt zu schaffen“.

Ordentlich angetrieben

Viel Lärm ums Bonner Sparkonzept: SPD-Vize Lafontaine enthüllt Waigels Pläne.

Nach ihrem Treffen beim Kanzler hielten die SPD-Spitzenpolitiker Björn Engholm und Oskar Lafontaine Brisantes in der Hand – zwei schlichte Din-A4-Blätter mit 24 verschiedenen Vorschlägen hinter Spiegelstrichen. Hinter jedem verbarg sich ein sozialer Sprengsatz.

Bei Kindergeld, Sozialhilfe, Wohngeld, Arbeitslosenhilfe, Erziehungsgeld und Mutterschaftspauschale solle gekürzt werden. Die Regierung des Helmut Kohl wolle, so stand zu lesen, die Versicherungsteuer erhöhen und die Sparzulage für Arbeitnehmer abschaffen.

Beim Studenten-Bafög sei für 1994 das „Aussetzen der Anpassung“ geplant, den Beamten drohe die Einführung eines „Gerechtigkeitsabschlages“. Allen Beschäftigten im Öffentlichen Dienst bewillige Bonn nur eine karge Lohnerhöhung „in Höhe von maximal drei Prozent“.

Kaum hatte die Horrorliste am Donnerstagabend ihren Weg in die Redaktionsstuben gefunden, ging ein Aufschrei durchs Land. IG-Metall-Chef Franz Steinkühler nannte das Streichkonzept „beängstigend“, Niedersachsens Ministerpräsident Gerhard Schröder fand das Papier „unerhört“.

„Das ist ein unsolidarisches Diktat“, erregte sich der sonst so besonnene hessische Ministerpräsident Hans Eichel. Die *Frankfurter Rundschau* sprach von einer „Kriegserklärung“, selbst der Sonnyboy und ZDF-Chefredakteur Klaus Bresser präsentierte die Schreckensnachricht mit markigen Worten: „Einige werden jetzt ziemlich ausgezogen.“

Nur einer war rundum zufrieden mit dem öffentlichen Tamtam: der SPD-Vize und saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine.

Seine Gefolgsleute hatten die Streichliste protokolliert, als der Bonner Finanzminister den Ressortkollegen aus Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Sachsen die Kernpunkte aus einem 28seitigen Konzept vortrug. Diese oder ähnliche Einschnitte seien möglich, lautete Waigels vorsichtiger Kommentar. Er bat die versammelten Länderkollegen ausdrücklich um Stillschweigen.

Lafontaine hielt, wie seine Genossen, von dieser Absprache nichts. In „trick-